



# Evangelische Verantwortung

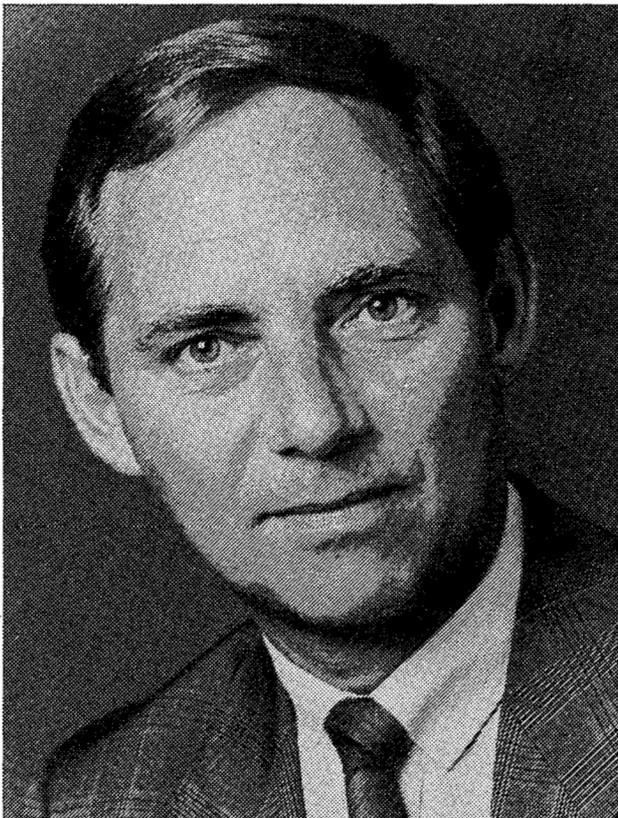
September 1987

## Die Macht der Religion in der Politik

Wolfgang Schäuble

Vor noch nicht allzulanger Zeit war „die Macht der Religion in der Politik“ für viele in erster Linie eine Frage des konfessionellen Einflusses.

In der Weimarer Republik mit ihren teilweise konfessionell profilierten Parteien war solches Denken weniger ungewöhnlich als nach 1945. Aber Nachwirkungen dieser uns heute engstirnig erscheinenden Sicht waren auch noch in meiner Partei zu spüren, obwohl sie aus den Erfahrungen



Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble

der Weimarer Zeit und der Konzentrationslager der Nationalsozialisten ganz bewußt als Union katholischer und evangelischer Christen gegründet wurde.

Heute ist das überwunden und es ist kein Schaden, daß uns diese Art des Kirchenturm-Denkens den Blick auf die wichtigere Frage inzwischen nicht mehr verstellt.

Hat Religion Macht in der Politik?

In einer säkularisierten Welt muß man die Frage grundsätzlich stellen. Denn eines ist offenkundig: Macht, wie sie der Islam in manchen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens hat, besitzt das Christentum in unseren Breiten längst nicht mehr.

Aufgeklärte Geister halten es für einen Gewinn an Liberalität, daß der Einfluß der Kirchen auf die Politik und auf die Lebensgestaltung im Alltag schwächer geworden ist.

Ganz nüchtern hat dies unlängst auch Eleonore von Rotenhan, die Präsidentin des Deutschen Evangelischen Kirchentages in ihrer Eröffnungsansprache registriert, als sie sagte:

„Die Welt hat gelernt, ohne den christlichen Glauben und dessen Wissen um Schuld und Vergebung zu überleben. Sie hat sich Strukturen geschaffen, die wohl einmal aus christlich-abendländischem Geist entstanden sind, die sich aber längst von diesem emanzipiert haben.“

Wie weit wir mit dieser Art von Emanzipation kommen, werden wir allerdings noch zu diskutieren haben. Jedenfalls hat die Religion, haben die Kirchen auch heute noch Macht – sofern man diesen Begriff nicht zu eng im Sinne von Befehlsmacht interpretiert.

Es ist zwar keineswegs mehr sicher, daß ein Parlamentarischer Rat, würde er heute zusammentreten, die Präambel eines Grundgesetzes immer noch mit den Worten einleiten würde: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen.“

Aber unser Schöpfungs- und Weltverständnis, unser Menschenbild und unsere Wertauffassungen sind in so nachhaltiger Weise von der Religion des Christentums mitgeprägt, daß eine Verständigung über zentrale Verfassungs- und Rechtsprinzipien nur möglich ist, wenn die christlichen Wurzeln solcher Prinzipien und Grundwerte miteinbezogen werden.

Auf diese Macht – oder wenn man es so will – auf diesen Verständigung und Konsens stiftenden Einfluß der christlichen Religion sind wir angewiesen.

Man kann diese Feststellung sogar verallgemeinern: Alle Kulturen der Menschheitsgeschichte fanden ihre geistige Kraft und ihre innere Bindung in religiösen Vorstellungen, die ihrem irdischen Wirken eine transzendierende Perspektive gaben.

Und umgekehrt gilt auch, daß es politischer Atheismus bisher noch nirgendwo vermocht hat, einen geistigen, sittlichen und gesellschaftlichen Grundkonsens entstehen zu lassen.

Menschliches Leben, irdische Existenz läßt sich allein im Diesseitigen nicht sinnstiftend deuten und ohne dies ist ein stabiler Grundkonsens nicht möglich; aber dennoch bleibt die Frage, ob die Religion, ob die Kirche Macht braucht, um konkrete politische Entscheidungen durchzusetzen.

Das Grundsatzprogramm der Union gibt dazu eine klare Antwort:

„Aus christlichem Glauben läßt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber er gibt uns mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik.“

Dies ist eine ebenso nüchterne wie weise Interpretation zum Verhältnis von Religion und Politik.

Die Lehre von den zwei Reichen – eine Voraussetzung auch zur Verwirklichung des modernen Staates, kommt beiden zu Gute:

- der Politik, weil sie frei bleibt von klerikalem Zugriff, aber auch
- der Religion, weil diese Lehre es verbietet, die Autorität des Glaubens in den Auseinandersetzungen des politischen Alltags zu verbrauchen.

Macht in der Politik, direkten Einfluß auf politische Entscheidungen, könnte die Kirche nur dann haben, wenn sie sich am Ringen um die politische Macht unmittelbar beteiligen würde.

Sie müßte sich dann aber auch den Spielregeln beugen, die über den Erwerb und die Erhaltung politischer Macht entscheiden, und sie würde damit die Fähigkeit verlieren, Konsens über Grundwerte zu stiften.

Politik ohne Macht, ohne die Fähigkeit bestimmte Entscheidungen auch gegen Widerstände durchzusetzen, ist schlechterdings undenkbar.

Das Ideal der Herrschaftsfreiheit ist eine Illusion. Der protestantische Systematiker Paul Tillich hat Forderungen an die politischen Instanzen, machtlos zu sein, sogar schlichtweg als „unbiblisch bezeichnet.“

Wer Politik gestalten will, der kann auf Macht nicht verzichten. Aber die Kirche kann auf Macht verzichten, und sie gewinnt gerade dadurch an Einfluß.

Paul Tillich definiert die Kirche geradezu als eine Gruppe: „die sich in dem freien Entschluß zusammenfindet, Macht zu haben, nur in der paradoxen Form des Verzichtes auf Macht.“

Nur dann hat sie auch die Chance, Kirche der vielen, also Volkskirche zu bleiben, wobei ich persönlich bekenne, daß ich es wirklich für eine Chance halte, Volkskirche zu sein, die wir nicht freiwillig preisgeben dürfen. Natürlich kann Kirche auch anders als Volkskirche sein: aber ich zweifle, ob wir freiwillig danach streben dürfen Minderheit zu werden. Auch das Martyrium kann man nicht suchen, sondern allenfalls tragen, wenn es denn auferlegt wird.

Mir fällt auf, daß das Phänomen der Säkularisierung immer nur einseitig unter dem Aspekt diskutiert wird, daß die Menschen ihre Bindungen an Religion und Kirche aufkündigen.

Die Frage muß auch einmal in anderer Richtung gestellt werden: Will die Kirche überhaupt Volkskirche bleiben? Ist sie fähig und bereit, den religiösen Hoffnungen der vielen Gläubigen zu entsprechen und neue zu gewinnen und damit auch den Missionsauftrag zu erfüllen?

Nun gibt es durchaus Anzeichen dafür, daß die Kirchen versuchen, verlorenes Terrain zurückzugewinnen, indem statt Bindungskraft im theologisch-geistlichen Bereich zu festigen, soziale und politische Themen besetzt werden. Der Erfolg dieser Strategie ist allerdings fragwürdig. Der kirchliche Auftrag wird so verfehlt, denn eine Politisierung der Kirche hält das Anwachsen der Kirchenaustritte und den Verlust an kirchlichen Bindungen nicht auf.

So wird heute der arbeitsfreie Sonntag eher als sozialer Besitzstand von den Gewerkschaften verteidigt denn als 3. Gebot von den Kirchen.

Der Prozeß der Säkularisierung unserer Gesellschaft wird durch einen Verlust an Spiritualität und religiöser Autorität der Kirchen eher noch verstärkt.

---

### Hilfe bei der Sinnsuche

---

Die Macht der Religion wirkt in die Politik hinein, weil ohne eine im Letzten transzendente Begründung auch alles politische Tun sinnlos erschiene. Wir Menschen suchen eine geistige Orientierung, die unsere irdische Existenz in das Ganze des Schöpfungsgeschehens einordnet.

Ein rein diesseitiges Glücksstreben ohne transzendenten Bezug, läßt die entscheidende Frage nach dem Sinn des Lebens letztlich unbeantwortet.

Die christliche Botschaft war und ist Antwort auf diese Sinnsuche. Aber die Frage ist: Wird diese frohe Botschaft von der Kirche noch mit der notwendigen Überzeugungskraft verkündet und gelehrt?

Skeptiker sind insoweit auch schon maßgebliche Vertreter der Kirchen, die sich z. B. im Blick auf den Evangelischen Kirchentag besorgt darüber äußern, daß in zu vielen Veranstaltungen das Leiden an der Sinnlosigkeit dieser Welt und die Angst vor vielfältigen Bedrohungen übermächtig zu Worte kamen, aber Trost und Ermutigung des Evangeliums sehr viel verhaltener gegenwärtig waren.

Wir begegnen hier einem merkwürdigen Phänomen: Je mehr die Menschen Sicherheit hinsichtlich ihrer persönlichen Lebensrisiken gewonnen haben, desto stärker sind die Ängste vor globalen und kollektiven Bedrohungen gewachsen.

Irritierend an diesen Überlebensängsten ist, daß sie von vielen Menschen mit großer – fast neurotischer – Intensität erlebt werden, daß aber ihre Themen mit geradezu atemberaubender Schnelligkeit wechseln:

- der drohende atomare Vernichtungskrieg
- das Waldsterben
- die Verseuchung von Boden, Luft und Nahrungsmitteln
- die Vergiftung der Gewässer
- die Angst vor Reaktorunfällen.

Die Anlässe sind austauschbar.

Das besagt noch nichts darüber, ob die Ängste begründet sind.

Aber die Bereitwilligkeit, mit der ein gerade noch heftig diskutiertes Thema zugunsten eines neuen fallengelassen wird, legt doch die Vermutung nahe, daß hinter all diesen Ängsten eine Angst anderer Qualität liegt: die Lebensangst vor einer sinnlosen Existenz in einer sinnlosen Welt. Die Frage nach Anfang und Ende ist im Diesseitigen nicht zu beantworten.

Die wissenschaftliche Entzauberung der Welt hat dieser Befürchtung neue Nahrung gegeben.

Die Gesetze von Raum und Zeit zu begreifen und die naturwissenschaftliche Erklärung zur Entstehung unseres Universums zu kennen, beantwortet noch nicht

„Die Frage **wozu?**“.

Nicht von ungefähr hat ein Buch dieses Titels von Robert Spaemann und Reinhard Löw in den letzten Jahren einen breiten Leserkreis angesprochen.

Der Versuch, dieser Lebensangst eine beruhigende **politische** Antwort zu geben, ist zum Scheitern verurteilt. Politik kann den Menschen ihre Sinnfragen nicht beantworten.

„Der Mensch verdankt sich weder sich selbst noch der Gesellschaft. Seinem Bedürfnis, sich und der Welt einen Sinn zu geben, kann er aus eigener Kraft nicht gerecht werden.“

So heißt es im Grundsatzprogramm der CDU.

Hilfe bei der Sinnsuche fanden die Menschen von jeher in der Religion, im Glauben an die Geborgenheit in einer die Welt transzendierenden göttlichen Umgebung.

In dem Maße, in dem sich die Kirche verweltlicht, können die Menschen diese Antwort der Religion in ihr nicht mehr finden.

Und daß dies von vielen auch so empfunden wird, zeigt der Zulauf, den autoritäre Sekten, den Okkultismus und Astrologie, den Mythen, Märchen und andere Quellen fragwürdiger Lebensweise heutzutage finden.

## Das Prinzip der Verantwortung

Ungeachtet der in unserer säkularisierten Welt schwächer werdenden kirchlichen Bindungen der Bevölkerung ist der Einfluß der Religion in der Politik auch heute noch beträchtlich.

Wenn sich die Menschen fragen, was uns Pflicht und Gewissen bieten, was gerecht ist und was wir verantworten können, dann suchen viele auch heute noch in Denk- und Wertkategorien Antwort, die zutiefst geprägt sind von der christlichen Lehre.

Diese aus christlicher Überlieferung und Prägung resultierende stillschweigende Übereinkunft ist eine der wichtigsten Quellen für den politischen Grundkonsens in unserem Staat.

Auf zwei christliche Gedanken kommt es heute, besonders an: Das Prinzip der Verantwortung und das Gebot der Nächsten- bzw. der Bruderliebe.

- Zur Welt zu gehören heißt, zu einer Struktur zu gehören. Für mich bedeutet das, daß wir aufgerufen sind in den Strukturen dieser Welt Mitverantwortung zu übernehmen.

Es ist modisch geworden, von hoher moralischer Warte und aus sicherer Distanz diese Strukturen zu kritisieren. Man gefällt sich in der angeblich hilflosen Klage über das unheilvolle Wirken anonymer Mächte und Interessen.

Die strukturelle Gewalt des Staates, der militärisch-industrielle Komplex, Profitinteressen bestimmter Wirtschaftszweige, die etablierten politischen Parteien sind einige Beispiele aus dem Katalog der Anklagen. Ihnen wird die Verantwortung zugewiesen für alle Unzulänglichkeiten dieser Welt.

Daraus ergeben sich eine individuell bequeme und eine für das Ganze sehr gefährliche Schlußfolgerung:

- Bequem ist die persönliche moralische Entlastung für denjenigen, der sich einredet, diese Strukturen seien nicht zu ändern – sie müßten abgeschafft werden. Er verweigert sich dann der Struktur und beteiligt sich nur am Protest.
- Gefährlich für das politische Ganze kann die Verständnis- und Sprachlosigkeit zwischen denen werden, die innerhalb der Strukturen um Verbesserungen bemüht sind und jenen, die solchem Tun jede Glaubwürdigkeit absprechen.

Ein schlimmes Beispiel solcher Ausgrenzung war der Zwischenruf „Gotteslästerung“ als einer meiner Kollegen vor dem Bundestag seinen Amtseid mit der religiösen Bekräftigung sprach.

Politik nimmt, wie es Werner Remmers ausdrückt, in der säkularisierten Gesellschaft für manche den Charakter einer Ersatzreligion an.

Sie sieht sich dann einem nicht erfüllbaren Erwartungsdruck ausgesetzt. Aus Überschätzung ihrer Möglichkeiten werden die Ansprüche an sie maßlos – mit der Folge, daß sich Menschen maßlos enttäuscht von ihr abwenden, wenn ihre überzogenen Erwartungen nicht erfüllt werden.

Das Prinzip der Verantwortung verpflichtet uns aber auch in einer komplexen und für viele in ihrer Unübersichtlichkeit schwierig gewordenen Welt. Auch im Wissen um die Begrenztheit des eigenen Tuns bleiben wir selbst in der umfassendsten Verantwortung für die Schöpfung zu einem je eigenen Beitrag aufgerufen.

Zu Recht betont deshalb die gemeinsame Erklärung der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz, daß wirksame Umweltpolitik entscheidend auch auf den Beitrag jedes einzelnen Mitbürgers angewiesen ist.

● Das christliche Gebot der Nächstenliebe hat politische Bedeutung, auch deshalb, weil es zur Toleranz verpflichtet. Es fordert von uns, den Mitmenschen, den Bruder ernst zu nehmen.

• Zur Toleranz ist nur fähig, wer keinen Absolutheitsanspruch erhebt.

Der Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Das ist christliche Lehre. Der Christ weiß um die begrenzte Erkenntnisfähigkeit des Menschen. Bei aller subjektiven Gewißheit seiner Glaubensüberzeugung weiß er, daß er in irdischen Fragen irren kann, daß er kein Monopol hat auf irdische Wahrheit.

Mit dieser Einsicht ausgestattet, ist der gute Christ auch ein guter Demokrat.

• Er bleibt reserviert gegenüber politischen Absolutheitsansprüchen und er erhebt sie auch selbst nicht.

Er weiß, daß es in der Politik – um mit Dietrich Bonhoeffer zu sprechen – nicht um die „letzten“, sondern eben nur um die „vorletzten Dinge“ geht.

Es geht um Güter mit menschlichem Maß, um Ziele nur in Relativität der Vergänglichkeit. Weil unsere Existenz endlich ist, sind wir „unterwegs“. Das Streben wohnt uns inne, dem Fortschritt sind wir so verstanden verpflichtet, aber weil es das Paradies nicht auf Erden gibt, ist die Bewegung entscheidend, und Ziele beschreiben die Richtung, aber nicht einen Fixpunkt im Irdischen.

Wenn es also in den Fragen der Politik die absolute Wahrheit und die letzte Gewißheit nicht gibt, dann ist ihr eine Ordnung angemessen, die Fortschritt ermöglicht und die Korrektur von Irrtümern erlaubt.

Fortschritt fordert Führung, Autorität und Gestaltungsmacht. Die Korrektur ihrer Irrtümer, ihrer Fehler und ihres Versagens ist aber nur möglich, wenn Macht begrenzt bleibt, wenn Autorität sich legitimieren muß und wenn Führungsmandate stets nur auf Zeit vergeben werden.

Die Ordnung, die all das gewährleistet, ist die Demokratie mit ihrem Mehrheitsprinzip und mit ihren rechtsstaatlichen Grenzen. Paul Tillich hält sie deshalb zurecht anderen politischen Ordnungen für überlegen nur dann, „wenn die Korrektive nicht stärker werden als die Konstitutive und die Demokratie zugunsten des Rechts auf Macht verzichtet.“

Mit diesem Einwand müßten sich auch die Verfasser der Demokratiedenkschrift der EKD auseinandersetzen, wo sie Sympathie für jene Gruppen zu erkennen geben, die bei sogenannten Überlebensfragen das demokratische Mehrheitsprinzip in Frage stellen.

---

## Der Glaube macht Mut

---

Weder die Religion noch die Kirche gewinnt an Einfluß, wenn sie sich dem politischen Zeitgeist anpaßt. Es mag zwar in gewissen Kreisen als Ausdruck politischer Sensibilität gelten, Ängste zu kultivieren und daraus politische Forderungen abzuleiten. Wenn aber die Kirche versucht, durch Bestätigung dieser Angstkultur zu demonstrieren, daß sie auf der Höhe der Zeit ist, ist sie solchen Kreisen allenfalls als Bündnispartner oder Vehikel willkommen – nicht aber als Autorität, die über die Nöte dieser Welt hinausweist.

Dagegen könnte die Kirche sogar ganz erheblich an Einfluß zurückgewinnen, wenn sie dem Kult der Ängste den unbeirrten Glauben an die christliche frohe Botschaft entgegenstellen würde.

Diese Botschaft schließt den Auftrag ein, die Welt zu gestalten und die Schöpfung zu bewahren. Sie will den Menschen den Glauben vermitteln, als Geschöpfe von Gott angenommen zu sein.

Solcher Glaube müßte Mut machen zur Zukunft und das Vertrauen schaffen in die Beherrschbarkeit auch des technischen Fortschritts.

Angst vor den menschlichen Fähigkeiten war niemals eine Eigenart christlichen Geistes. Ihm entspricht vielmehr die Aufforderung, diese Fähigkeiten, dem Schöpferauftrag gemäß anzuwenden.

Wir wissen, daß wir nicht alles dürfen, was wir können, aber wir wissen auch, daß wir längst noch nicht alles können, was wir dürfen.

Schon deshalb wäre eine Haltung der Fortschrittsverweigerung auch eine Verweigerung des Schöpfungsauftrages. Martin Luthers Bild vom Apfelbäumchen will auch sagen, daß wir das Geschenk der Schöpfung und ihre Möglichkeiten nicht ausschlagen dürfen.

Den Schöpfungsauftrag haben wir im Wissen um die Begrenztheit unserer Erkenntnisfähigkeit zu erfüllen. Auch dies rät uns zu umsichtigem Mut, zu Gelassenheit und zur stetigen Bereitschaft aus Fehlern zu lernen.

---

## Aus dem Inhalt

<b>Die Macht der Religion in der Politik</b>	<b>1</b>
<b>Kirche und Politik: Den kritischen Fragen nicht ausweichen</b>	<b>6</b>
<b>Die Bad Bramstedter Gespräche</b>	<b>8</b>
<b>Aus unserer Arbeit</b>	<b>13</b>

Praktische Vernunft und Urteils-  
kraft, Wirklichkeitssinn und politi-  
scher Verstand sind nicht einfach  
identisch mit Ideal und Moral.

Der „Weltverstand“, von dem  
Fred Luchsinger in diesem Zusam-  
menhang unlängst sprach, muß in  
seiner eigenen Sphäre der Realität  
gesehen werden.

In diese Sphäre gehören Macht  
und Gewalt und die Fähigkeit mit  
ihnen umzugehen. Und dazu gehö-  
ren auch Tatkraft, Beharrungs- und  
Durchsetzungsvermögen und Auro-  
rität. Und schließlich gehören  
dazu ein gehöriges Stück Pragma-  
tismus und die gelassene Einsicht,  
daß politisches Eiferertum mehr  
schadet als ein brauchbarer Kom-  
promiß zur rechten Zeit am rechten  
Platz.

### Verwirklichung einer friedlichen Weltordnung

Weltverstand und Schöpfungs-  
auftrag haben für die Politik eine  
weitere wichtige Konsequenz: Sie  
muß den Blick über das eigene  
Land und über die eigene Zeit hin-  
ausrichten. Sie muß weltoffen und  
zukunftsorientiert sein.

Die Ordnung, um die sich Politik  
von jeher bemüht hat, muß heute  
auf eine Weltordnung gerichtet  
sein, die sich auch künftigen Gene-  
rationen der Menschheit verant-  
wortlich weiß.

Politik denkt heute in größeren  
räumlichen und zeitlichen Dimen-  
sionen als je zuvor. Sie ist heute  
mehr als früher „Weltpolitik“, wie es  
Paul Tillich formulierte.

Aber genau so, wie es für die  
Herstellung und Aufrechterhaltung  
einer innerstaatlichen Ordnung poli-  
tischer Macht bedarf, ist Macht  
auch erforderlich für die Verwirkli-  
chung einer friedlichen Weltord-  
nung.

Unter mehreren Möglichkeiten  
für die Entstehung einer solchen  
Weltordnung hielt Paul Tillich in sei-  
ner Zeit jene für die Wahrscheinlich-  
ste, „Daß eine der Mächte sich  
politisch in den alten Imperien  
durchsetzen und irgendwann ein-  
mal einen augusteischen Frieden  
schaffen wird“.

Bis dahin und weil er Zweifel  
hatte an der Dauerhaftigkeit eines  
solchen Friedens ging er aber von  
der selbstverständlichen Pflicht  
souveräner Staaten aus, für ihren  
Schutz zu sorgen.

Weil er wußte, daß Wehrlosigkeit  
zum Friedensbruch mißbraucht  
werden kann, fügte Tillich hinzu:

„Der Pazifismus ist gut als Mah-  
nung daran, daß die Welt im  
argen liegt, aber schlecht als po-  
litischer Weg“.

Diese Unterscheidung zwischen  
dem appellativen Wert des Pazifis-  
mus und seiner Eignung als Hand-  
lungsmaxime in der realen Welt,  
wird heute von vielen in oft blindem  
Eifer übersehen.

Wir erleben das in den letzten  
Jahren immer wieder in der Diskus-  
sion um die Abrüstung der Nuklear-  
waffen.

Für viele ist die Raketenabrüs-  
tung zum Wert an sich geworden.  
Sie sehen darin den sicheren Weg  
zum Frieden und **übersehen**, daß  
danach Kriege eines Tages wieder  
führbar werden könnten.

Wie alles Menschenwerk, so ist  
auch eine Friedensordnung stets  
vom Scheitern bedroht. Wehrlosig-  
keit – dies lehrt die Menschheitser-  
fahrung – sichert den Frieden nicht.  
Sie wurde im Gegenteil immer wie-  
der als Einladung zur Aggression  
mißbraucht.

Gerade weil die Welt im argen  
liegt, weil das politische Bemühen  
um den Frieden immer wieder auch  
scheitern kann, war die nukleare  
Abschreckung eine unverzichtbare  
Friedensgarantie und wird es auch  
in absehbarer Zukunft bleiben.

Und auch dies sollten wir nicht  
übersehen, sie war und ist für uns  
eine Garantie für einen Frieden in  
**Freiheit**. Einer Freiheit, die – wie es  
oft den Anschein hat – von jenen  
kaum mehr geschätzt wird, die sie  
besitzen.

Diese Frage richtet sich zum Bei-  
spiel an kirchliche Gruppen, die uns  
in jüngster Zeit empfehlen, das am  
Wert der Freiheit orientierte westli-  
che Menschenrechtsverständnis zu  
überprüfen. Sie gehen soweit, das

Menschenrechtsverständnis des  
Ostblocks für christlicher zu erklä-  
ren, weil es die Gleichheit und damit  
Gerechtigkeit als zentralen Wert be-  
greife.

Es ist schwer nachvollziehbar,  
weshalb ein Menschenrechtsver-  
ständnis, das die individuellen Frei-  
heitsrechte – zum Beispiel die Glau-  
bens- und die Gewissensfreiheit –  
betont, ausgerechnet von Christen  
relativiert werden soll.

### Die Bedeutung der Religion für den politischen Grundkonsens

Wir sind Zeugen einer Entwick-  
lung, in der sich die Lebensverhält-  
nisse und die Lebensstile der Men-  
schen in einem bisher nie gekann-  
ten Ausmaß voneinander unter-  
scheiden. Man spricht von einer  
Pluralisierung und Individualisie-  
rung der Lebensstile und die Wis-  
senschaft hat in diesem Zusam-  
menhang auf Tendenzen eines  
grundlegenden Wertewandels hin-  
gewiesen.

Ich will hier nicht weiter untersu-  
chen, wie belastbar die Theorie ei-  
nes postmateriellen Wertewandels  
tatsächlich ist.

Für wichtiger halte ich die prakti-  
sche Erfahrung, daß es immer  
schwieriger wird, Konsens über  
Ziele und Wege der Politik herzu-  
stellen, wenn die existenziellen  
Grundbedürfnisse der Menschen  
einmal weitgehend abgesichert  
sind.

Paul Tillich hat in klassischer  
Kürze beschrieben, worum es dabei  
geht:

„Die moralische Welt ist ständig  
bedroht durch ihre eigene Vor-  
aussetzung: Die Freiheit“.

Ähnliches gilt für die politische  
Welt, deren innere Ordnung nicht  
allein durch Macht und Staatsge-  
walt gesichert werden kann, son-  
dern am wirksamsten durch die  
Geltungskraft eines politischen  
Grundkonsens.

Diesen Grundkonsens kann die  
Verfassung nicht vorschreiben. Der  
weltanschaulich neutrale Staat lebt  
– so hat es Ernst Wolfgang Böcken-  
förde einmal ausgedrückt – von  
Voraussetzungen, die er selbst  
nicht garantieren kann.

Dieses Problem ist gerade in unserer Zeit von besonderer Aktualität, wenn wir an die neuen, sehr grundsätzlichen ethischen Fragen im Umgang mit der Gentechnik, der Fortpflanzungsmedizin und der Sterbehilfe denken.

Wir bekennen uns zum Schutz des Lebens – des werdenden wie des zu Ende gehenden Lebens. Aber technischer und medizinischer Fortschritt haben uns vor Fragen gestellt, auf die uns die überlieferte Ethik nicht in jedem Fall eine Antwort gibt.

Hier ganz besonders sind wir auf das Wort, die Wegweisung der Kirchen angewiesen.

Wer, wenn nicht sie, hat die geistige Autorität, mahnend an ein Schöpfungs- und Weltverständnis, an ein Menschenbild zu erinnern, das uns lehrt, die Endlichkeit unserer Existenz in Demut anzunehmen.

Daran wird deutlich, daß es nicht ohne politische Folgen bleiben kann, wenn sich in unserer Kultur jener Prozeß fortsetzt, der als eine Eman-

zipation vom christlich-abendländischen Geist beschrieben wurde. Es ist der Geist der Nächstenliebe und der Toleranz, der Mitverantwortung und der Gewissenspflicht des Einzelnen.

Es ist die Lehre von Irrtum, Schuld und Vergebung angesichts der Begrenztheit unserer irdischen Existenz. Es ist die christliche frohe Botschaft, die den Menschen Mut und Hoffnung geben will.

*Moderne Politik bringt allzuoft eine Orgie der Selbstgerechtigkeit inmitten einer Hektik von Mißklängen hervor.*

*Ist es zuviel verlangt, einen Augenblick des stillen Nachdenkens zu fordern, der es uns ermöglicht, Gottes Schritte zu vernehmen, damit wir uns an seines Mantels Zipfel klammern können?*

*Mehr kann eine Generation nicht tun.*

*Sie darf aber auch nicht weniger tun.*

Henry Kissinger

Mit dieser Botschaft ist das Christentum eine geistige Macht geworden. Eine Macht, der das Abendland entscheidende Anstöße für politischen und zivilisatorischen Fortschritt verdankt.

Das Christentum hat wesentlichen Anteil am Entstehen unserer demokratischen Kultur des Konsenses, an der Überwindung des Freund-Feind-Denkens und der politischen Idee der Versöhnung zwischen den Völkern. Wenn wir heute auf gutem Weg zur Europäischen Einigung sind, so wird hier politisch nur vollzogen, was in der gemeinsamen christlich-abendländischen Kultur längst grundgelegt war.

Mehr denn je sollten wir uns alle dafür einsetzen, daß die konsensstiftende Kraft christlichen Denkens wirkmächtig bleibt.

Denn diese geistige Macht dient dem Frieden.

**Anmerkung:** Wir geben hier nur unwesentlich gekürzt den Text des Vortrages von Bundesminister Dr. Schäuble wieder, den er vor kurzem bei einer von der Evangelischen Akademie Loccum und der Paul-Tillich-Gesellschaft veranstalteten Tagung gehalten hat.

## Kirche und Politik: Den kritischen Fragen nicht ausweichen

Christoph Böhr

**Kirche und Politik, Politik und Kirche – dieses Verhältnis war nie frei von Spannungen. Gerade drei Ereignisse in der jüngsten**



Christoph Böhr, MdL,  
Bundesvorsitzender der Jungen Union

**Vergangenheit haben dies erneut verdeutlicht: die Evangelischen Kirchentage in Frankfurt und Berlin sowie der Entzug der Lehrlaubnis für die katholische Theologin Uta Ranke-Heinemann.**

Auf den ersten Blick mag befremden, daß hier an den Fall von Frau Ranke-Heinemann erinnert wird. Was hat dieser Fall mit der Politik zu tun? Viele mögen glauben, daß es sich hier um eine rein innerkirchliche Kontroverse handelt. Ich bin anderer Meinung: Wenn die Frau, die 1985 Spitzenkandidatin der nordrhein-westfälischen »Friedensliste«, als deren »stärkste organisierte Kraft« sich ausgerechnet die DKP versteht, war und alles daransetzt, um über Wochen hinweg die Massenmedien zu beschäftigen, um

ihre theologische Auffassung vorzutragen, dann ist das Politik.

Die Schlagzeilen in den Zeitungen bestätigen das: »Es hat sich ausgejüngert« (die tageszeitung, Berlin), »Singen bald Kastraten für denn Papst?« (Vorwärts, Bonn) und »Der Papst ist frauenfeindlich« (Abendzeitung, München). Hier ringt niemand um den theologisch richtigen Weg, sondern hier geht es um reine Publicity für politische Zwecke. Und der Tübinger Theologe Hans Küng hat dies sehr klar zum Ausdruck gebracht, als er ausdrücklich eine politische Lösung des »Falles« vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten verlangt hat. Dieses Ansinnen Küngs hat Martin Kriele (im »Rheinischen Merkur«) auf die Formel gebracht,

Küng verlange von der Staatsmacht, sich in innerkirchliche Angelegenheiten einzumischen und disziplinierend auf die Kirche einzuwirken. Kriele hat völlig recht, wenn er eine solche politische Forderung – um nichts anderes handelt es sich hier ja – energisch zurückweist: Es kann und darf nicht Aufgabe der Politik sein, theologische Inhalte zu formulieren oder auch nur eine Schiedsrichterrolle übernehmen zu wollen. Wo allerdings die Religion für politische Publicity mißbraucht wird, sind Christen und christliche Politiker zum Widerspruch aufgerufen. In der Politik mag kesse Flapsigkeit gelegentlich angebracht sein, dort wo sie religiöse Gefühle von Millionen verletzt, hat sie nichts zu suchen.

---

### Wichtige Beiträge der Kirchen

---

Das Spannungsfeld Kirche und Politik bei Kirchen- und Katholikentagen zu umschreiben, ist weitaus schwieriger. Das hat der Evangelische Kirchentag in Frankfurt gerade erst wieder gezeigt. Und wer mit dem FDP-Politiker Manfred Brunner meint, daß »dieses größte protestantische Treffen immer mehr zu einem Ersatzparteitag der Grünen wird«, der läßt sich von einer Medienwirklichkeit täuschen, die über Spektakuläres, Kontroverses und Prominenz berichtet, nicht aber über die vielen Kirchentagsbesucher, die sich frühmorgens bei Regenwetter quer durch die Stadt aufgemacht haben, um an Bibelarbeiten teilzunehmen. Sicher stimmt es, daß sich Kirchen- und Katholikentage mitsamt ihrem Umfeld – sei es eine »Kampagne Kirchentag gegen Apartheid« oder ein »Katholikentag von unten« – zunehmend unter politischen statt unter kirchlichen Gesichtspunkten formieren. Die daraus resultierende Spannung gilt es auszuhalten, solange das einigende Band des Glaubens nicht gefährdet wird. Intoleranz darf es aber unter der Nächstenliebe verpflichteten Christen nicht geben. Ein mutiges Beispiel dafür hat Helmut Simon, ehemaliger Verfassungsrichter und Mitglied des Kirchentagspräsidiums, in Frankfurt gegeben, als er mit den Worten »Wenn ihr den Stand einreißen wollt, müßt ihr zunächst mich verprügeln« Mitglieder

von Mittelamerika- und Südafrika-Gruppen daran hinderte einen Stand der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte zu demolieren. Wer mit solchen Brachialmethoden gegen die angebliche »Einäugigkeit« anderer vorgeht, setzt sich selbst dem Vorwurf der Einäugigkeit aus. Daß einige in Frankfurt ihre Überzeugung mit Gewalt durchsetzen wollten, ändert nichts daran, daß »Apartheid Sünde ist«, wie bereits vor zwei Jahren in einer Resolution des Düsseldorfer Kirchentages formuliert wurde. Daß alle Menschen als Geschöpfe Gottes die gleichen Rechte und Pflichten haben, ergibt sich aus dem christlichen Menschenbild. Sache der Politik aber ist es, den richtigen Weg zur Überwindung der Rassentrennung zu finden. In diesem Zusammenhang erscheint mir nachdenkenswert, was Propst Uwe Hollm von der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg zur Kontenkkündigung des Kirchentages wegen der Kreditvergabe der Banken an Südafrika gesagt hat: »Auch die Banker sind Geschöpfe Gottes und lernfähig. Mit Sanktionen beschreiten wir einen Weg, zu dem wir keine Vollmacht haben.«

„Die Präsenz und die Aktivitäten von Christlichen Demokraten in den beiden großen Kirchen hat in den letzten Jahren besorgniserregend abgenommen. Viele CDU-Politiker ergehen sich in kritischen Äußerungen über diese oder jene Aussage der Kirchen zu aktuellen politischen Fragen. Entscheidende Voraussetzung, um derartige Stellungnahmen inhaltlich anders zu prägen, ist jedoch die notwendige Präsenz von Unionsmitgliedern in den jeweiligen Gruppen und Gremien innerhalb der Kirchen, die derartige Entscheidungen herbeiführen.“

Hans Christian Maaß in: Sonde 1/87

Ob bei der Südafrika-, Umwelt-, Friedenspolitik oder der AIDS-Bekämpfung: oft haben es die Vertreter der Unionsparteien schwer, kritischen Einwänden von Kirchen- bzw. Katholikentagsbesuchern zu begegnen. Auch wenn Kirchentage nicht »die Kirche« repräsentieren, so darf den Fragen gerade junger Christen an Politik und Politiker

nicht ausgewichen werden. Die Junge Union sucht seit Jahren an eigenen Ständen das Gespräch mit den Besuchern von Kirchen- und Katholikentagen. Gerade dort gilt es zu zeigen, daß für junge Christdemokraten das christliche Bild vom Menschen und der Gemeinschaft mehr ist, als ein Lippenbekenntnis, daß wir daraus die Ablehnung des »biologischen Materialismus der Vergangenheit und des historischen Materialismus der Gegenwart« herleiten, wie Wolfgang Hüntel einmal geschrieben hat. Schließlich darf auch nicht vergessen werden, daß die Kirchen immer wieder wichtige Beiträge zur Diskussion um die ethischen Grundlagen praktischer Politik geleistet haben, erinnert sei nur an die Wortmeldungen zum Schutz des ungeborenen Lebens, zum Grundrecht auf Asyl oder zur Gentechnologie.

---

### Klammer zwischen Ost und West

---

Betrachtet man die Berichterstattung über den Evangelischen Kirchentag im Ostteil Berlins, so zeigt sich, daß über Sprache und Geschichte hinaus auch der Glaube eine Klammer der beiden Staaten in Deutschland ist. Und dies trifft nicht nur zu, weil der Vorsitzende des evangelischen Kirchenbundes in der DDR, Landesbischof Werner Leich, die DDR-Behörden vor einem »Zwei-Klassen-Recht« bei der Genehmigung von Westreisen gewarnt hat, wenn diese lediglich unter dem Gesichtspunkt des Verwandtschaftsverhältnisses genehmigt würden. Nein, daß mit Frieden und Umwelt in Berlin die gleichen Schwerpunktthemen diskutiert wurden, wie bei den Kirchentagen in der Bundesrepublik, ist weit mehr als zufällige Übereinstimmung und zeigt, daß junge Menschen in der DDR Sorgen und Hoffnungen für die Zukunft mit uns teilen. Es stimmt durchaus hoffnungsvoll, daß die SED-Führung erstmals seit dem Mauerbau einen zentralen Kirchentag zugelassen, dafür ein Stadion, Sanitäter, Gulaschkanonen und Fernsehsendezeit bereitstellte. Es stimmt hoffnungsvoll, daß Eleonore von Rotenhan, Carl-Friedrich von Weizsäcker, Günther Gaus und Erhard Eppler dort sprechen konnten und, daß sogar ein »Kirchentag von

unten« – wenn auch mit Einschränkungen – möglich war. Übersehen werden darf jedoch nicht, daß andererseits dem Westberliner Pfarrer Christian Moest die Einreise verweigert und eine Fotoausstellung in der Erlöserkirche, die Fotos zur Stadtgeschichte, darunter auch vom 17. Juni und dem Mauerbau zeigte, vorzeitig geschlossen wurde.

---

### Engagement im kirchlichen Bereich

---

Die drei Beispiele zeigen, daß Kirche und Politik sehr unterschied-

liche Wechselwirkungen haben. Es wäre falsch, die eigene politische Einstellung zur Kirche jeweils danach bemessen zu wollen, ob ein Ereignis ein Kirchentag in der Medienwirkung parteipolitisch nützlich war. Wir sollten in Erinnerung behalten, was der bereits erwähnte Helmut Simon gesagt hat: Als Christ könne man nicht reine Politik treiben, denn die politische Entscheidung hänge vielmehr auch mit dem persönlichen Glauben zusammen. Die Berliner Schulsenatorin Dr. Hanna-Renate Laurin hat vor einigen Jahren mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß das Bewußtsein zutiefst christlicher Inhalte

beim Gebrauch moralischer Kategorien verloren zu gehen drohe, wenn »Ungläubige« sich auf die Moral der Gläubigen stützten, sobald von Werten und Ethik die Rede sei. Dagegen etwas zu tun, heißt nicht zuletzt, auch unsere politischen Überzeugungen im kirchlichen Bereich immer wieder vorzutragen. Kirchentage sollten das Forum für jeden Christen bleiben, hat der bereits erwähnte Helmut Simon gesagt. Laßt uns die darin liegende Chance nutzen!

---

Quelle: Die Entscheidung 8/87

---

## Die Bad Bramstedter Gespräche – Eine Zwischenbilanz –

Friedrich Menke

---

„Es ist der Kirche nicht um politische Wirkungen zu tun, sondern darum, in sich selber wieder auf Christus gegründet und dadurch nach außen wieder glaubwürdig und zeugniskräftig zu werden.“ Dieser Satz findet sich in dem „Bericht über das Jahr 1935“, den Dorothee Stoevesandt, geschrieben hat. Ihr Mann Dr. Karl Stoevesandt war Arzt, Karl Barth theologisch und freundschaftlich verbunden und Zentralgestalt der Bekennenden Kirche in Bremen. Der zitierte Satz findet sich unter den Dokumenten einer Wanderausstellung „Wir sind in die Irre gegangen. Die Bremische Evangelische Kirche 1933 – 1945“. Die BEK hat sie zusammengestellt, in Kirchen gezeigt, und am 11. 8. 1987 war sie auch im Haus der Bürgerschaft zu sehen. Die Briefe, Plakate, Zeitungsartikel und anderen Texte belegen die NS-Verbundenheit, Staatsloyalität von Pastoren und Laien. Der Anteil der Deutschen Christen ist hoch, und deutsch-nationale, demokratiefeindliche Aussagen – so gemeint oder erforderlicher Mimikry bleibe dahingestellt – finden sich auch bei Mitgliedern der Bekennenden Kirche. Von beabsichtigtem Widerstand, öffentlichem Eintreten für politische Rechte oder gar für Unterdrückte,

Verfolgte ist wenig zu lesen, wohl auch schwer zu dokumentieren. Es geht diesen Christen um Gewissensfreiheit, Verkündigung und die verbrieften Gemeinderechte, also um „Propria“ der Kirche also um das, was für die Kirche und die Christen gegenüber einem allmächtigen Staat, entscheidend ist, einem totalitären Staat, der auch so angesehene Bürger wie Stoevesandt „in Schutzhaft“ nahm.

Die evangelische Kirche hat sich, was ihr Verhältnis zum demokratischen Staat angeht, schon vor 1933 schwer getan, sich eher distanziert, kritisch verhalten. Und die Pastoren, Laien haben sich in der Mehrheit nach 1933 so verhalten wie ihre Mitbürger: überzeugt von den Versprechungen Hitlers, opportunistisch sich anpassend, also – zumindest aus heutiger Sicht – wenig überzeugend und nur wenige so, daß man sich mit ihnen identifizieren mag. Zugleich aber ist Bescheidenheit geboten: Wir leben in glücklichen, nicht in finsternen Zeiten.

Aber zugleich sind durch die Bekennende Kirche neue Impulse gekommen. Christen fanden im Evangelium, in der Bibel, im gemeinsamen Gottesdienst die Orientierungsmarken für ihr Denken und

Handeln, und sie wußten, daß sie nach einem von Hitler gewonnenen Kriege liquidiert werden würden, und evangelische Christen wie Hermann Ehlers, Konstantin von Dietz und viele andere dachten schon vor 1945 daran, politisch mitzuarbeiten, mitzuwirken in der Gestaltung der „vorletzten“ Dinge. Die Gründung der CDU und später seines Evangelischen Arbeitskreises zeugen davon. Viele Bürger wirken auch heute in der Kirche und in der Politik mit, und durchaus nicht nur in der CDU/CSU. Das ist gut so. Dennoch ist das Verhältnis von Kirche und Staat nicht spannungslos, sollte es auch nicht sein.

Notwendig sind intensive Gespräche, auch Streitgespräche, schlimm wäre Gesprächslosigkeit.

Die Hermann-Ehlers-Stiftung sorgt in ihren norddeutschen Akademien für dergleichen Gespräche und hat darüber hinaus 1985 und 1986 zu „Bad Bramstedter Gesprächen“ eingeladen. Spiritus rector war und ist der Präsident der HES, Kai-Uwe von Hassel. Das Ziel sei, daß Theologen, Sprecher der Kirche von den Politikern erführen, wie diese ihr politisches Handeln begründeten und diese von den Kirchenvertretern, was sie zu be-

stimmten Äußerungen, Handlungen veranlassen. Im ersten Bad Bramstedter Gespräch erläutern der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Roman Herzog und der Osnabrücker Landessuperintendent Dr. Gottfried Sprondel das Thema „Der deutsche Protestantismus und sein Verhältnis zur Demokratie“, im zweiten wird „Die Verantwortung der Christen in der heutigen Zeit – Kirche in der Demokratie“ von Karl Carstens und Heinz-Georg Binder, dem Bevollmächtigten des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland diskutiert. Der Staatsrechtler und Berliner Senator Prof. Rupert Scholz und Bischof Hans-Gernot Jung sprechen über „Staat und Kirche – Chancen für eine neue Partnerschaft“:

Die Referate von 1985 – 1986 erfüllen ihr Ziel, Denkanstöße zu geben, voll.

Das liegt gewiß auch daran, daß hier politikerfahrene Staatsrechtler mit theologisch gebildeten und in der Gemeindepraxis erfahrenen Kirchenführern sprechen. Die Gesprächshaltung ist jeweils wohlwollend, unpolemisch, dialoghaft. Der Leser wird zum Nach- und Mitdenken angeregt. **Roman Herzog** warnt vor streiterzeugender Aufgeregtheit, hebt lobend hervor, wenn die Kirche in angemessener Weise Tabus aufbricht (z. B. Ostdenkschrift der EKD von 1965) und er problematisiert überzeugend die einseitige Verwendung der Bergpredigt als politischer Handlungsauftrag. Er fordert zu recht, daß die Kirche sich noch sachkundiger machen muß, bevor sie sich äußert und noch stärker auf die Menschen und ihre Sorgen eingehen solle. Vor allem müsse sie auch wissen, wie zeitlich und räumlich begrenzt die augenblickliche Situation garantierter Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlichen Wohlstandes sei.

**Gottfried Sprondel** entwickelt seine Gedanken aus einem Zitat Helmut Schmidts (Evangelische Kommentare) „Ich bin kein engagierter Verfechter von Luthers zwei-Reiche-Lehre, aber ich finde, daß die Kirchen, nachdem sie die Demokratie sowieso noch nicht in ihr Herz aufgenommen haben, auch nicht die besten Anwälte sind, das

Vertrauen der Menschen in die Demokratie zu festigen“. Aus Luthers Lehre von den zwei Regierweisen Gottes folge, so Sprondel, daß ein Christ politisch wirken könne und solle, aber nicht als Pastor. Wenn die staatliche Gewalt nach den Seelen der Menschen greift oder „die Verkündigung des Evangeliums sich zur eigenen Durchsetzung weltlicher Mittel bedient“, sei Einhalt geboten. „Aus der Politik wird dann die Ersatzreligion, aus der Heilsbotschaft ein politisches Programm“. Hier werde alles durcheinander geworfen, der Diabolos, der Teufel sei am Werk. Diese Gedanken, die sich auch in der Denkschrift der EKD „Der Staat des Grundgesetzes“ finden, greift **Hans-Georg Binder** auf, in dem er ihre Entstehungsgeschichte und ihre Grundgedanken referiert. „Christen werden auf ihre Verantwortungsfähigkeit und ihren Verantwortungswillen im demokratischen Staat angesprochen. Sie brauchen eine Kirche, wenn sie ein politisches Mandat übernehmen, die sie in kritischer Liebe begleitet und sie in ihrem politischen Amt mitträgt.“

Wie Roman Herzog vermißt auch Hans-Georg Binder kirchliche Aussagen zur Wirtschaftsethik, also wie über Armut und Wohlstand, sowie die Güter dieser Welt und die sie verarbeitenden, verteilenden und verbrauchenden Menschen zu sprechen ist.

Die nur leicht problematisierende Stellungnahme Binders zu dem in der Denkschrift eingeräumten „Recht“ auf zivilen Ungehorsam teilt **Rupert Scholz** überhaupt nicht. Er akzeptiert nicht das dort skizzierte „Widerstandsrecht zweiter Klasse“ jene „demonstrativen, zeichenhaften Handlungen, die bis zu Rechtsverstößen gehen können“ (Sitzblockaden z.B.). Diese rechtswidrigen Handlungen zu rechtfertigen, sei von der Sache und aus rechtsstaatlicher Sicht nicht vertretbar.

Sehr nachdenklich stimmen die Hinweise auf die DDR. Dort muß „die Kirche für die elementaren Grundrechte eines menschenwürdigen Daseins eintreten, muß sie in entsprechend partnerschaftlicher Verantwortung stellvertretend für die

gesamte Gesellschaft um die Minima der Menschenrechte streiten, muß sie für ein Maß politischer Grundmoral und politischen Ethos eintreten, wie es bei uns überhaupt nicht bedroht oder sonstig gefährdet ist, wie es bei uns vielmehr selbstverständlich, allseits gewahrt und allseits bewußt ist“.

An die eigene Adresse gerichtet, plädiert Scholz dafür, Demokratie weniger formal (Regelung von Entscheidungsprozessen) zu verstehen, sondern stärker inhaltlich die materiellen Grundwerte herauszuheben, also z. B. Ehe, Familie, Schutz des Lebens zu betonen.

**Karl Carstens** argumentiert ähnlich und zwar überzeugend schlicht, wenn er betont, wie wichtig es sei, in dieser Gesellschaft frei seinen Gedanken bekennen zu können. Daraus folge, daß Christen in Wort und Tat dies nicht nur könnten, sondern dazu auch verpflichtet seien. Sie müssen als Christen wahrnehmbar das Salz der Erde, das Licht im Dunkeln sein.

**Hans-Georg Jung** beschreibt u.a. das Phänomen der vorherrschenden „civil religion“ sei es aber auch, Verheißungen der Schrift und die Gebote Gottes als politische Handlungsanweisungen zu übernehmen, so würden „Theologie und Kirche – einschließlich des Gottesdienstes – politisch interpretiert und funktionalisiert“. „Civil religion“ käme auch im Streben nach humaner Selbstvollendung zum Ausdruck. „Wenn Menschen nicht dem Schöpfer Ehre erweisen, sondern an seiner Stelle dem Geschöpflichen, dann verliert das Leben seine Ordnung und seine Grundlage. Kurz gesagt: Der Tod ist der Sünde Sold (Römer 6)“.

Im Grunde sind die Bad Bramstedter Variationen über das Thema wechselseitigen Aufeinanderangewiesenseins von Staat und Kirche, Glaube und Politik, sind sie Variationen der bedenkenswerten Warnung, die Politik nicht theologisch zu überhöhen, und die Theologie nicht zu politisieren, sondern eine Aufforderung, aus dem christlichen Glauben heraus in dieser „societas imperfecta“ mitzuwirken, Verantwortung zu übernehmen, vom anderen zu lernen. Beispielhaft ist auch das Thema des 4. Gesprächs vom 23. März 1987 „Staat und Kirche – Der Auftrag für die

Dritte Welt“, an dem sich Klaus-Jürgen Hedrich und Warner Conring beteiligten. Diesen „Bad Bramstedter Gesprächen“ werden erfreulicherweise weitere folgen.

Am 28. September 1987 wird Prof. **Hans Maier**, Politologe, langjähriger bayerischer Kultusminister und Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken mit dem Vorsitzenden der Evangelischen Kirche, Bischof **Martin Kruse** sprechen über „Staat und Kirche – Der Beitrag der Christen zur Kultur“.

Es ist zu begrüßen, daß die Veranstalter nach den mehr grundsätzlichen Referaten die gut und notwendig waren, die Themen enger und konkreter wählen. Zu denken ist auch an Diakonie und Sozialstaat, Verteidigung, Kriegsdienstverweigerung, Militärseelsorge,

Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsethik, Kirchentag und Politik.

Hilfreich wäre auch ein Gedankenaustausch von Menschen, die in kirchlicher und politischer Verantwortung wirken, wie sie konkret ihr jeweiliges Handeln begründen, rechtfertigen, wo sie in Konflikte geraten. Ein Gedanken- und Erfahrungsaustausch dieser Art muß nicht nur in Bad Bramstedt, sondern kann in jeder kirchlichen Gemeinde oder politischen Gruppe stattfinden und findet vermutlich auch statt. Die 1987 im Karl Wachholtz-Verlag erschienene Publication „Glaube und Politik“ dokumentiert, wie man kontrovers-partnerschaftlich, also aus christlichem Geist und mit demokratischen Spielregeln miteinander umgehen kann. Vor 50 Jahren war dies wie

heute in der DDR nur eingeschränkt möglich; nutzen wir unsere Möglichkeiten, diese „res publica“ auf dem Marktplatz zu erörtern. Den beispielhaften „Bad Bramstedter Gesprächen“ ist eine lange und gute Geschichte zu wünschen.

Eine Ausstellung aber mit dem Titel „Wir sind in die Irre gegangen“ wird – als verurteilende Aussage über Verantwortliche in Kirche und Staat – in 50 Jahren hoffentlich unmöglich sein oder nur insoweit, wie Menschen, also auch Christen irren, schuldig werden können. Dies gilt vor allem für diejenigen, die in Kirche und Staat Verantwortung tragen. Diese wissen auch, daß Schuld nicht das letzte Wort ist, sondern Vergebung. Und deshalb können sie als Werkzeuge Gottes in der Welt wirken.

## Aus unserer Arbeit

### Gen-Technologie stellt christliches Menschenbild in Frage

**Münster.** Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Nordrhein-Westfalen, Dr. **Hans-Ulrich Klose**, MdL, hat die Verantwortung der Politiker gegenüber den Risiken eingefordert, die sich aus den Möglichkeiten der Gen-Technologie ergeben. Bei der Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises NRW in Münster bezeichnete Klose, der auch Vizepräsident des nordrhein-westfälischen Landtages ist, die Gen-Technologie zwar als einen der großen wissenschaftlichen Fortschritte unserer Zeit, der es Biologen und Chemikern ermöglichen könne, den Hunger in der Welt zu besiegen. Genetische Manipulation des Menschen durch Veränderung seiner Erbanlagen würde aber das christliche Menschenbild radikal in Frage stellen, sagte Klose. Der Mensch setze in diesem Bereich seine eigentliche Bestimmung und seine Würde aufs Spiel.

Der Bonner Theologe Prof. Dr. **Martin Honecker** warnte vor dem Wahn, der Mensch könne mit Hilfe der Gen-Technologie eine von Leiden und Behinderungen freie Welt schaffen, „die Gott nicht gelungen ist“. Schon die Absicht, mit Genen „zu panschen“, ist für den Theologen Honecker brutal und gefährlich. Honecker wollte im Zusammen-

hang mit Fragen der Gen-Technologie eine Alternative zwischen der Freiheit der Forschung und dem Anspruch des Menschen auf seine Würde als Geschöpf Gottes nicht zulassen. Nicht eine Kontrolle der Wissenschaft sei erforderlich, sondern deren Öffentlichkeits- und Rechenschaftspflicht.

Auch der Mediziner Prof. Dr. **Werner Schlaake** forderte angesichts der rasanten Entwicklung auf dem Gebiet der Gen-Forschung und ihrer Anwendung dazu auf, über Fragen der menschlichen Ethik neu nachzudenken. Eine solche Ethik-Diskussion sei unverzichtbar, weil es Grenzen der Übertragbarkeit der bisher bekannten Möglichkeiten des Umgangs mit Gen-Material von Pflanzen und Tieren auf Menschen nicht gibt. Schlaake beschrieb die Entwicklung auf diesem Gebiet, die z. B. dazu geführt habe, Human-Insulin, Interferon oder den Blutgerinnungsfaktor 8 zu vertretbaren Preisen herzustellen, genetisch bedingte Krankheiten zu erkennen und zu therapieren, aber auch z. B. Mäuse zu produzieren, die nicht mehr Vater und Mutter, sondern nur „einen Elter“ haben.

Am Beginn der Tagung stand ein Grußwort des Generalsekretärs der CDU Nordrhein-Westfalens, Dr. **Helmut Linssen**, MdL.

Er sagte u. a.: „Das Zukunftsmanifest der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, in dem wir unser Bild

einer fortschrittlichen und menschlichen Gesellschaft von morgen entwerfen, beginnt mit folgenden Worten.

„Der Mensch als Geschöpf Gottes ist dazu aufgerufen, in verantworteter Freiheit sein Leben und die Welt zu gestalten. Die Zukunft werden jene bewältigen, die sich an diesem Auftrag orientieren, durch entschlossenes und verantwortungsbehaftetes Handeln die Welt schrittweise freiheitlicher, gerechter und menschlicher zu machen – trotz Irrtums und Schuld, trotz Mühsal und Rückschlägen. Gestaltet wird die Zukunft von denjenigen, die mit realistischem Optimismus die Chancen des Fortschritts für die Menschen nutzen und gestalten und gleichzeitig die Risiken begrenzen.“



Dr. Helmut Linssen, MdL

Ich begrüße es ausdrücklich, daß der Evangelische Arbeitskreis der CDU Nordrhein-Westfalen diese Aufforderung zur Gestaltung der Zukunft aufgreift.

Unsere Partei, die Union, wurde nach 1945 in den einzelnen Landesverbänden bewußt konfessionsübergreifend gegründet. Die Spaltung der Christen in evangelische und katholische sollte sich nicht auch noch in der Parteipolitik widerspiegeln. Und mit dieser historischen Leistung, mit der Überwindung der konfessionellen Gegensätze, ist die CDU die eigentliche Partei der Ökumene. Das 'U' wäre ohne das 'C' überhaupt nicht denkbar und umgekehrt. Politik aus christlicher Verantwortung, das ist doch das Leitmotiv für das Engagement der Frauen und Männer in den Reihen unserer Partei.

Ein zweites Angebot, insbesondere an evangelische Christen, sich in unserer Partei zu engagieren, wurde mit der Gründung des Evangelischen Arbeitskreises vor etwa 35 Jahren gemacht. Seitdem hat die Aufgabe der Protestanten in der Union keineswegs an Bedeutung verloren. Im Gegenteil: Die Herausforderungen sind gewachsen und der Evangelische Arbeitskreis ist der selbstverständliche Diskussionspartner für viele Fragen und Probleme aus dem protestantischen Bereich.

Der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof Kruse, hat vor wenigen Wochen treffend formuliert: „Das ökumenische Feuer darf nicht zur Asche werden.“ Ich würde mich freuen, wenn gerade aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen ein neuer Impuls ausginge in Richtung Ökumene. Intensivieren wir den Dialog zwischen den Konfessionen und verstärkt im ganzen kirchlichen und vorkirchlichen Bereich. Beteiligen wir uns an den Auseinandersetzungen um geistige Bewegungen dieser Tage, schärfen wir unser Gespür für den Wertewandel in unserer Gesellschaft sowie für geistige und geistliche Strömungen in unseren Kirchen. Wir müssen uns als Partei stärker öffnen für alle gesellschaftlichen Gruppen und Bereiche. Nur wenn die Bürger merken, daß wir eine offene, lebendige und diskussionsfreudige Partei sind, werden sie uns vermehrt ihr Vertrauen schenken. Das gilt insbesondere für den sehr sensiblen Bereich der Kirche.

Der Politisierungsprozeß in Teilen der Kirche und das starke parteipolitische Engagement einzelner Pfarrer hat nicht nur erhebliche innerkirchliche Probleme aufgeworfen. Auf die Frage von Journalisten, ob denn die Kirchen mit ihren sich häufenden Aussagen zu wichtigen politischen Themen nicht überzogen hätten, antwortete Generalsekretär Heiner Geißler: „Nein, jedermann muß auf

die Kirchen hören, wenn sie ihre Aussagen machen. Es muß nicht immer wahr und richtig sein, was der eine oder andere aus dem kirchlichen Bereich sagt. Aber die Kirche hat eine Autorität in religiösen und moralischen Fragen und muß infolgedessen dann gehört werden, wenn es um die ethische Begründung von politischen Entscheidungen geht“.

Wir dürfen deshalb über den Prozeß der Politisierung in der Kirche nicht lamentieren, wir müssen die Konsequenz daraus ziehen. Für uns kann sie nur lauten: verstärktes Engagement in den Kirchen und im vorkirchlichen Bereich.

Die Kirche hat Autorität, wenn es um die ethische Begründung von politischen Entscheidungen geht, hat Heiner Geißler gesagt. Die Gentechnologie steht hier mit an erster Stelle. Sie bietet Chancen, aber sie birgt auch Gefahren für die Würde des Menschen in sich. Der Mensch darf nicht zum Gegenstand genetischer Manipulationen herabgewürdigt werden. Die Frage, ob wir alles machen dürfen, was wir machen können, ist freilich trivial. Denn niemals konnte und durfte der Mensch alles tun, was er konnte. Was sich uns heute als Aufgabe stellt, ist die Besinnung auf humane Grundsätze und die Anwendung dieser Grundsätze bei den Möglichkeiten, die uns die Gentechnologie eröffnet. Fortschritt wird von uns auch als ethische, nicht allein als politische oder wirtschaftliche Herausforderung verstanden.“

---

### Mehr Toleranz

---

**Worms.** Über 40 Interessenten waren der Einladung zur Gründung eines regionalen Verbands des Evang. Arbeitskreises der CDU in den Festhaus-Wintergarten gefolgt. In seiner Begüßung verwies der Kreisvorsitzende der CDU, **Prof. Dr. Bardong**, MdEP, noch einmal auf die Notwendigkeit einer verstärkten Diskussion von Grundsatzfragen auf der Basis christlich-demokratischen Denkens. Hier könne der von Pfr. **Lothar Decher** in Worms initiierte EAK einen wichtigen Beitrag leisten, indem er durch Vorträge, Diskussionsveranstaltungen und Aktionen ein offenes Forum biete, um die Grundsatzdiskussion sowohl innerhalb der CDU als auch in den Kirchen weiterzuführen. So habe der Kreisvorstand einstimmig der Gründung eines EAK zugestimmt.

**Hansjürgen Doss**, MdB, erläuterte die Entstehungsgeschichte und Leitsätze des EAK, während Pfr. Decher in

einem Kurzreferat kritisch Stellung nahm zu aktuellen kirchenpolitischen Fragen. Hier warb er engagiert für mehr Pluralität in der politischen Diskussion und um Toleranz gegenüber dem politisch Andersdenkenden.

Die folgende Aussprache zeigte noch einmal deutlich das Bedürfnis vieler engagierter Christen, konservative Wertvorstellungen stärker als bisher in Kirchen und öffentliche Diskussionen einzubringen.

Die Versammlung wählte Pfr. Lothar Decher zum 1. Vorsitzenden des EAK, sein Stellvertreter ist Stadtrat Klaus Martin. Zu Beisitzern wurden gewählt: Hanna Kohlmeister, Christiane Humberg, Horst Muth, Gerhard Harnisch und Walter Schwahn.

---

### Familie nicht auf eine Restgröße reduzieren

---

**Albstadt-Ebingen.** Wenn die These einer renommierten CDU-Frauenpolitikerin, der CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. **Renate Hellwig** zutrifft, dann entscheidet sich die Zukunft des deutschen Volkes an der Nahtstelle zwischen Wirtschafts- und Familienpolitik. Daß sie da fast ein wenig auf die „Quadratur des Kreises“ setzt, blieb den Zuhörern im „Christlichen Hospiz“ wahrlich nicht verborgen. Sie legte nämlich die Finger in jene Wunden, die es den familienpolitisch orientierten Christdemokraten so schwer macht, dieses „eminent wichtige Thema“, wie sie es formulierte, weiter an die vorderste Front des „Machbaren und Wünschenswerten“ zu stellen.

Ausgehend von der soziologischen und psychologischen Umbruchphase zwischen den Geschlechtern, forderte sie auch von den Anwesenden mehr Toleranz: „Wir müssen um gegenseitiges Verständnis ringen“. Dr. Renate Hellwig sprach sich für eine „ausreichende Wahlfreiheit“ aus, die dafür Sorge tragen müsse, daß die Familie nicht zu einer „Restgröße“ reduziert werde. Die Politiker müßten dafür Rahmenbedingungen schaffen, damit das gesellschaftliche Bewußtsein für die Familie und das Zusammenleben von Mann und Frau sich nicht einseitig auf die Berufstätigkeit konzentriere, sondern die Erkenntnis Platz greife, daß man auf eine „funktionierende Familie“ nicht verzichten werden könne. Es gehe doch nicht an, so die Politikerin, daß Frauen, wenn sie sich „pro Hausfrau“ entscheiden würden, ständig von einem „schlechten Gewissen“ geplagt würden. Die Rahmenbedingungen

müßten – so wie man bereits durch das Erziehungsgeld ein Stück weitergekommen sei – noch verbessert werden. Dabei gelte es, die Wirtschaftspolitiker, deren Konzept im Ansatz fast konträr laufe, von der gesellschaftspolitischen Notwendigkeit eines „Umdenkens“ zu überzeugen.

Die Frage, und da sprach Renate Hellwig speziell die jüngere Generation an, dürfe sich nicht, überspitzt formuliert, auf das „entweder – oder“ konzentrieren: Familie und Kinder auf der einen Seite, Karriere und Berufstätigkeit beider Partner und keine Kinder, gepaart mit einem hohen Konsum im Freizeitbereich, auf der anderen Seite.

Einen anderen Problemkreis sprach die CDU-Politikerin in der Diskussion noch an, nämlich die Wiedereingliederung von Frauen in das Berufsleben. Sie wehrte sich entschieden gegen die oftmals in der Öffentlichkeit „unwidersprochen“ geäußerten Tendenzen, daß Hausfrauen, die lange aus dem Arbeitsprozeß ausgegliedert waren, nicht zu reaktivieren seien. Den Arbeitsämtern warf sie in diesem Zusammenhang vor, zu wenig für diesen Personenkreis zu unternehmen. Aus ihrem unmittelbaren Einflußbereich als Abgeordnete seien ihr viele Fälle bekannt, wo Unternehmer am Arbeitsamt vorbei, gerade die Hausfrauen reaktiviert hätten und sie, da sie hochmotiviert seien, „als wertvolle Mitarbeiterinnen“, schätzen gelernt hätten. Ein ehrliches Umdenken auf vielen Ebenen sei jedoch notwendig, um zu tragfähigen politischen Lösungen zu kommen. Es gäbe zwischenzeitlich zahlreiche Denkmodelle, so auch bei der „partnerschaftlichen Arbeitszeit“, der Wiedereingliederung in den Beruf, der Betreuung und Versorgung der Kinder. Manchmal, so habe sie den Eindruck, funktioniere dies alles vor Ort auch schon recht gut, vor allem wenn es frei von „ideologischem Ballast“ ginge.

### Schutz für das ungeborene Leben

**Münster.** Eine lebhafte Podiumsdiskussion zum § 218 fand auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bezirksverband Münster, und des Bezirksarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen Münsterland statt.

Die EAK-Zirkvorsitzende **Ursula Dippel** vertrat die Meinung, eine Senkung der Abtreibungszahlen sei nicht durch eine Änderung des Strafrechts, sondern nur durch ein geändertes Bewußtsein zu erreichen. **Johanna Gräfin von Westfalen**, Vorsitzende der „Christdemokraten für das Leben“, war dagegen der Meinung, daß nur durch eine Gesetzesänderung das ungeborene Leben besser geschützt werden könnte.

Die CDU-Landtagsabgeordnete **Marie-Luise Woldering** gab einen Überblick über die rechtliche Lage. Die Ärztin **Dr. Anneliese Funnemann** erläuterte die medizinischen Zusammenhänge. Sie wies besonders auf die Komplikationen hin, die bei vielen Frauen nach Schwangerschaftsabbrüchen auftreten. 50 Prozent litten zudem unter starken seelischen Belastungen.

Superintendent **Norbert Beer** warnte davor, vom Rechtsstaat die Durchsetzung rechtlicher Werte zu erwarten. Die Probleme, um die es bei den Schwangerschaftsabbrüchen gehe, seien nicht mit dem Strafrecht zu lösen. Trotz strenger Strafen hat es auch vor der Neuregelung immer schon Abtreibungen gegeben. Er sprach sich für eine striktere Anwendung der bestehenden Gesetze aus und machte deutlich, daß er im Schwangerschaftsabbruch einen Verstoß gegen das 5. Gebot und eine „ethisch moralische Unmöglichkeit“ sieht.

### Aids – Strafe Gottes oder Appell an die Menschlichkeit?

**Freiburg.** Die Immunschwäche Aids als eine Herausforderung an das christliche Liebesgebot hat der evangelische Pfarrvikar **Matthias Uhlich** während einer Diskussionsveranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Freiburg herausgestellt. Über medizinische und politische Konsequenzen informierte dazu während des Gesprächsabends mit dem Thema „Aids – Umgang mit der Krankheit – Umgang mit den Kranken“ **Dr. Juliane Elsässer** vom Staatlichen Gesundheitsamt Freiburg.

„Wie gehen wir mit den Betroffenen um?“, so die Kernfrage Pfarrvikar Uhlichs. Sie bedürften in besonderer Weise der Zuwendung, daß die Gesunden verantwortlich mit den Kranken umgehen und die Kranken verantwortlich mit den Gesunden. Christliche Gemeinden, aber auch eine christliche Partei hätten hier eine besondere Aufgabe, so der Pfarrvikar an der Freiburger Ludwigsgemeinde. Bei den Kranken zu stehen und mit ihnen ihr Leiden durchzukämpfen bezeichnete er als besondere Brisanz des Liebesgebotes Jesu.

Entschieden warnte er daher vor einer neuerlichen „Hexenjagd“ auf Randgruppen, die nur allzuleicht entstehe, wenn Aids leichtfertig als „Strafe Gottes“ oder als „Geißel Gottes“ herausgestellt werde: Der Heilswille Gottes sei das Leben, so Uhlich, „und auch Aids-Kranke fallen unter diesen Heilswillen“. Er verwies dazu auch auf das Neue Testament, das berichtet, wie Jesus Christus selbst zu den Randgruppen, den Zöllnern und Aussätzigen, den Kranken und Sündern, hingegangen ist.

Zugleich wertete der Pfarrvikar Aids als eine Herausforderung an die Frage, wie wir mit der Geschlechtlichkeit umgehen. Es sei notwendig, gerade auch im Gespräch mit der älteren Generation, darüber offen nachzudenken, um dem Bereich des verantwortlichen Umgangs der Geschlechter untereinander wieder mehr Raum zu geben. Dabei komme dem Begriff der Treue von der Sache her eine wesentliche Bedeutung zu. Entschieden verwahrten sich dabei jüngere Teilnehmer der Diskussion gegen das Pauschurteil einer „zügellosen“ Jugend.

### Unsere Autoren

Dr. Wolfgang Schäuble  
Bundesminister für besondere Aufgaben  
Adenauerallee 139 – 141a  
5300 Bonn

Christoph Böhr, MdL  
JU-Bundsvorsitzender  
Annaberger Straße 283  
5300 Bonn

Dr. Friedrich Menke MdHB  
Koenenkampstraße 28  
2800 Bremen 1